

## 3. Energie- und Klimafonds

### Frage:

Wie will Ihre Partei Technologien und Programme zur Energiespeicherung, Energieeffizienz, Elektromobilität, CO<sub>2</sub> Gebäudesanierung u. ä. fördern, wo es sich zeigt, dass der **Energie- und Klimafonds (EKF)** gescheitert ist und **Milliarden für die Energiewende fehlen**. Welche Alternativen zum Energie- und Klimafonds wollen Sie ergreifen?

### Begründung:

Diesem Fonds (einst als Herzstück der Energiewende proklamiert) sollten ursprünglich die Erträge der **Brennelementesteuer** zufließen. Tatsächlich werden sie in den Bundeshaushalt umgeleitet (die Verfassungswidrigkeit wird noch geklärt). Auch mit ausreichenden Einnahmen aus dem **Verkauf von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten**, deren Preise ins Bodenlose (unter 5 € pro Tonne statt 17 €) gesunken sind, ist nicht zu rechnen.

Der Zertifikatshandel ist endgültig gescheitert, nachdem nun das EU-Parlament ein Backloading (eine Verknappung) abgelehnt hat. Die Bundesregierung trägt hierfür die Mitschuld.

Für 2013 waren 2 Mrd. Einnahmen für den EKF geplant. Es stehen aber nur 888,5 Mio. zur Verfügung. Dass nun die **Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)** 311 Mio. Euro in dieses „Sondervermögen“ einzahlen soll, ist haushaltstechnisch problematisch. Außerdem fehlen dann der Bank die Mittel für eigene Energieprojekte. Trotz dieser „Finanzspritze“ und den 194,7 Mio. aus den Rücklagen 2012 stehen für 2013 **32 Prozent weniger Mittel** zur Verfügung. Es zeigt sich: der Energie- und Klimafonds ist nicht mehr finanzierbar.

Der CSU-Forschungspolitiker Albert Rupprecht geht davon aus, dass bis 2017 eine Lücke von 8 Mrd. klaffen wird. Selbst Politiker der Unionsfraktion forderten Anfang April 2013 den Energie- und Klimafonds zu retten, ihn notfalls aus Steuermitteln zu finanzieren.

### Antworten:

#### CDU:

Keine strukturierte Rückmeldung, lediglich eine allgemeine Darstellung zur CDU-Atompolitik.

#### SPD:

Es kommt auf einen intelligenten Mix von Maßnahmen an: Aufklärung, bessere Nutzung marktgesteuerter oder förderprämierter Instrumente zur Steigerung der Energieeffizienz, Verbesserung des Regelwerkes für Produktionsanforderungen, steuerrechtliche Maßnahmen, bessere Bindung energetischer Gebäudesanierungen an Einspareffekten und langfristig verankerte Förderung, bessere Energieeffizienz des Verkehrs durch alternative Antriebe.

Die SPD will die Einrichtung eines Energieeffizienzfonds, ein Hocheffizienzgesetz zur Realisierung von Effizienzpotenzialen, eine stärkere Einbindung von Netzbetreibern über eine angepasste Anreizregulierung in ein Effizienzregime und ein verstetigtes Marktanzreizprogramm. Der darniederliegende europäische Emissionshandel ist zu reaktivieren. Er muss wieder das zentrale marktwirtschaftliche Instrument werden, um Investitionen in Energieeffizienz anzureizen.

Wir wollen die Energieeffizienz zu einem prioritären Projekt machen. Mit der Umsetzung der Effizienzrichtlinie der EU ergibt sich die Chance, Beratungen zu den möglichen individuellen Effizienzgewinnen im Regelwerk zu verankern. Bei der Inanspruchnahme von Förderprogrammen soll es künftig zur Pflicht werden.

Zu den Privilegien durch Ausnahmeregelungen im Bereich Steuern und Umlagen soll künftig zwingend auch eine Verpflichtung zur Umsetzung von Maßnahmen zur Energieeffizienz gehören. Die SPD sieht zudem einen „Masterplan Energiewende“ vor, in dem alle wichtigen Aspekte der Energiewende – auch des Energieeffizienzpotenzials – zusammengeführt werden sollen.

Im Rahmen einer Effizienzinitiative werden wir zudem die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) als die effizienteste Form der Energieerzeugung deutlich ausbauen und dafür starke Anreize setzen sowie die notwendige Infrastruktur (Nah- und Fernwärme) schaffen.

Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes nimmt ebenfalls eine Schlüsselrolle für das Gelingen der Energiewende ein. Sie bietet noch immer große Potenziale zur Energieeinsparung. Bei der energetischen Sanierung von Mietwohnungen sehen wir eine Verpflichtung zur geringeren jährlichen Umlage der Investitionskosten auf die Mieterinnen und Mieter vor. Eine Förderung erfolgt zudem nur, wenn die energetische Sanierung deutlich gegenüber entsprechenden Vorschriften vorgezogen wird. In Gebäuden, die nicht den gesetzlichen Energieeffizienzvorgaben entsprechen, soll es ein Recht zur Begrenzung der Heizkostenzahlung geben.

Die SPD will aber auch das soziale Mietrecht erhalten und klimagerecht verbessern. Wir wollen daher das KfW-Programm zur energetischen Gebäudesanierung wieder deutlich erhöhen. Von den Bauaufträgen profitieren vor allem örtliche Handwerksbetriebe aus dem Mittelstand. Die Mittel sollen zweckgebunden mit geringem Verwaltungsaufwand zur Verfügung gestellt werden.

Klar ist, neue Maßnahmen setzen ein umfassendes Wissen voraus und das geht weit über die bisherigen Ausbildungsweg hinaus. Die heutige Energieversorgung kann mit dem Wissen von gestern nicht verstanden werden. Daher ist eine Qualifizierungsoffensive dringend geboten.

Die nächste Regierung wird klarstellen, wohin die Reise bei der Energieeffizienz gehen wird: Dazu müssen entsprechende Rahmenbedingungen entstehen, um für alle Akteure – Industrie, Investoren, Finanziers und Energieverbraucher – einen zielorientierten und verlässlichen Erfüllungspfad zu schaffen.

**FDP:**

Keine Stellungnahme.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Wir wollen den Energie- und Klimafonds auflösen und die bislang darüber finanzierten Programme und Maßnahmen zur Unterstützung der Energiewende wie das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm, das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Wärme oder die Forschungsgelder für Energieeffizienz in die Einzelpläne der jeweiligen Fachressorts überführen. Die Finanzierung dieser und weitere Programme für die Energiewende nötiger Projekte erfolgt dann unabhängig vom aktuellen CO<sub>2</sub> Zertifikatepreis im Rahmen eines Grünen Klimahaushaltes. Finanziert wird dieser Grüne Klimahaushalt aus dem stufenweisen Abbau von umwelt- und klimaschädlichen Subventionen, die das Umweltbundesamt zuletzt für das Jahr 2008 auf jährlich 48 Mrd. beziffert hat. In einem ersten Schritt wollen wir etwa 4,5 Mrd. Euro abbauen und in die Energiewende und den Klimaschutz investieren. Darunter

z.B. in einen Energiesparfonds in Höhe von 3 Mrd. Euro jährlich, mit dem insbesondere Maßnahmen zur Energieeinsparung in Haushalten finanziert werden sollen. Klimaschädlichen Subventionen belasten die öffentlichen Haushalte und behindern den notwendigen Umbau der Energieversorgung. Sie dämpfen den Anreiz zu einer effizienten Energienutzung und konterkarieren so jedes Klimaziel. Der Abbau dieser Subventionen und die Finanzierung eines Klimahaushaltes mit den Einnahmen bringt so eine doppelte Dividende.

**DIE LINKE:**

Es war fahrlässig „Energiewende“-Investitionen von den Einnahmen aus dem Emissionshandel abhängig zu machen, die wiederum den Energie- und Klimafonds füllen. Zumal wenn die Bundesregierung jegliche Reform des Emissionshandels auf EU-Ebene blockiert, die zu einer Steigerung des CO<sub>2</sub>-Preises und damit zu höheren Einnahmen für den Energie- und Klimafonds führen könnte. Die notwendigen Investitions- und Förderprogramme für die Energiewende müssen daher aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Denn die Kosten des Nicht-Handelns wie ein beschleunigter Klimawandel oder die Beibehaltung der atomaren Risiken sind für die Gesellschaft bedeutend größer als die heute erforderlichen Investitionen in die Energiewende.

DIE LINKE fordert u.a. eine Offensive im Bereich Forschung und Entwicklung von Stromspeichern, einen Energiesparfonds mit einem Fördervolumen von 2,5 Milliarden Euro jährlich, der insbesondere Förderprogramme für einkommensschwache Haushalte vorsieht, sowie eine Aufstockung und Verstärkung der Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung auf 5 Milliarden Euro pro Jahr.

Die Gegenfinanzierung kann über zusätzliche Einnahmen aus dem Abbau unberechtigter Industrie-Rabatte bei Ökosteuer und Emissionshandel sowie durch die Rückführung anderer umweltschädlicher Subventionen erfolgen. Allein durch die Reduzierung der Ermäßigungen der Industrie bei Strom- und Energiesteuer sind Mehreinnahmen für den Bundeshaushalt von bis zu fünf Milliarden Euro möglich. Zu berücksichtigen sind zudem die Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer aufgrund der rasant gestiegenen Endverbraucherpreise bei Strom und Kraftstoffen, die dem Bundeshaushalt in den letzten Jahren zusätzliche Milliarden eingebracht haben.